
Adieu, Lahmarschigkeit

Die Schweiz hat ein neues Klimagesetz. Doch die harte Arbeit fängt jetzt erst an.

Eine Analyse von [Elia Blülle](#), 18.06.2023

Die Schweiz gibt sich eine Klimapolitik, die diesen Namen auch verdient.

Ab jetzt verstossen politische Beschlüsse, die den Klimaschutz ignorieren, nicht mehr nur gegen das Völkerrecht, sondern auch gegen den Volkswillen.

Mit dem deutlichen Ja zum Klimaschutzgesetz verankert die Stimmbevölkerung die Ziele aus dem Pariser Übereinkommen endgültig im Gesetz – demokratisch so stark legitimiert wie weltweit in keinem anderen Land.

Es ist höchste Zeit.

Die globalen Temperaturen klettern gerade wieder auf ein Rekordniveau. Die Wälder brennen in Kanada so heftig, dass zeitweise sogar die weit entfernten amerikanischen Städte New York und Washington im giftigen Rauch verschwanden. Und weil die Weltmeere im Frühling durchschnittlich so warm waren wie noch nie seit Beginn der Messungen, ist das Risiko für extreme Hitze und heftige Wirbelstürme diesen Sommer besonders hoch.

Vor diesem Hintergrund ist das Klimagesetz ein historischer Fortschritt.

Und dennoch: Die richtig schwierige Arbeit fängt jetzt erst an.

Ein Rahmen allein macht noch kein Gemälde

Die Stimmbevölkerung hat am Sonntag beschlossen, dass die Schweiz allerspätestens bis Mitte dieses Jahrhunderts aufhören soll, mehr Kohlendioxid in die Luft zu blasen, als sie gleichzeitig auf natürliche Weise und mit Technologien wie der CO₂-Abscheidung absorbieren kann.

Dazu sind im Wesentlichen drei Dinge zu sagen.

Erstens ist das Ziel wenig ambitioniert. Zum Vergleich: Deutschland will die Klimaneutralität bis 2045, Österreich bis 2040 und Finnland bis 2035.

Zweitens ist es einfach, Ziele zu setzen. Nur deren Umsetzung zählt.

Drittens ist es mit Vorsätzen immer so eine Sache. Wenn man bei einem Radrennen nur den Start und das Ziel bestimmt, die Route aber offenlässt, ist es wahrscheinlich, dass sich Fahrerinnen in der Pampa verirren.

Das Klimaschutzgesetz steckt also zunächst nur den politischen Rahmen ab.

Zwar beinhaltet es auch Subventionen von 3,2 Milliarden Franken für den Ersatz von fossilen Heizanlagen und die Entwicklung neuer Technologien. Aber wesentliche Emissionssektoren bleiben weiterhin klimapolitisches Brachland: besonders der Verkehr, die Landwirtschaft und die Luftfahrt.

Das eidgenössische Parlament muss als Nächstes das CO₂-Gesetz revidieren und den neuen Rahmen zügig mit Inhalten füllen. Denn allein mit Subventionen und Absichten wird die Schweiz ihre Klimaziele nicht erreichen. Sie wird ihre Treibhausgasemissionen ohne Regeln, ohne Emissionshandel und ohne Verbote nicht schnell genug reduzieren können.

Laissez faire hat die Schweiz vierzig Jahre lang versucht, hat nicht funktioniert.

Die Verantwortung liegt bei der FDP und der Mitte

Die wenig schmeichelhafte Lesart des Abstimmungsergebnisses lautet: Das Gesetz ist nur deshalb angenommen worden, weil das Parlament alle potenziell aufständischen Interessengruppen wie die Bauern oder die Automobilistinnen von konkreten Massnahmen ausgenommen und sich die allgemeine Zustimmung mittels milliardensubventionen erkauft hat.

Diese Erzählung ist übertrieben. Aber sie ist auch nicht komplett falsch.

Damit Klimapolitik in der Schweiz Erfolg haben kann, muss sie daher kommen wie ein Schlagersong: gefällig und schmerzfrei.

Gleichzeitig wird konsequente Klimapolitik die rücksichtslose und oft auch verbrecherische Zerstörung unserer Lebensgrundlage eines Tages bestrafen müssen. Sie kann nicht nur nett sein. Sie muss auch wehtun.

Doch die Schweiz ist nun mal eine Kompromissmaschine. Daran wird auch die Klimakatastrophe nichts ändern. Kann man doof finden, bringt nichts.

Für die vernünftige Politik bedeutet das: Sie muss jetzt in Rekordzeit einen Zauberwürfel (CO₂-Gesetz) lösen, während sie auf einem Gymnastikball balanciert (das Stimmvolk) und von der SVP und den Querulanten aus der Erdöllobby mit Dartpfeilen beschossen wird. Erschwerend kommt hinzu, dass dabei eine Frage alles dominieren wird: Wer soll das alles bezahlen?

Die Allgemeinheit über noch mehr Subventionen aus dem Bundeshaushalt?

Die Verbraucherinnen über Steuern, Lenkungsabgaben oder den Emissionshandel?

Oder sollen die finanzielle Verantwortung und das Risiko mit Verboten und Regulierungen an jeden Einzelnen abgegeben werden – so wie in den Kantonen Glarus oder Zürich mit dem Verbot fossiler Heizanlagen?

Das sind in erster Linie Verteilungsfragen. Und wie immer bei Verteilungsfragen werden sich die Parteien darüber heftig streiten.

Die Grünen, die SP und die GLP befinden sich dabei in einer schwachen Verhandlungsposition: Sie können schlecht auf Zeit spielen und Reformen blockieren, weil das ihre Wählerschaft nicht tolerieren würde. Die Uhr tickt.

Zumal sie ohne den Segen von Mitte und Freisinn beim Stimmvolk ohnehin kein Klimagesetz durchbringen werden.

Mitte und Freisinn tragen also eine besondere Verantwortung, einen ambitionierten und zielkonformen Kompromiss zu moderieren. Sie haben dem Netto-null-Ziel zugestimmt. Jetzt müssen sie liefern und vorangehen.

Mit geeinter Furchtlosigkeit gegen den Kulturkampf

Und was ist eigentlich mit der SVP? Die Partei hat sich allerspätestens mit ihrem entgrenzten Abstimmungskampf voller Dambruchargumente und Lügen endgültig aus jeder konstruktiven Klimadebatte verabschiedet.

Für die Volkspartei scheint es nur eine Lösung zu geben: keine Lösung.

Daran werden auch SVP-Umweltminister Albert Rösti und die Volksabstimmung vom Sonntag nichts ändern. Die SVP ist auf einer halsbrecherischen Mission: Kulturkampf, immer und überall.

Das ist äusserst gefährlich, weil Klimapolitik auch Schmerzen bedeutet.

Einerseits emotional, weil sich Menschen von einer vergangenen Idylle lösen und eine neue Realität anerkennen müssen, die auch einschüchtern kann.

Andererseits werden Menschen künftig mehr für Mobilität bezahlen, ihre Ernährung hinterfragen und sich umschulen lassen müssen, weil bestimmte Berufe und Geschäftszweige keinen Platz mehr haben werden.

Die Ängste vor solchen Transformationen sind real. Und jede Rhetorik, die solche Ängste zusätzlich befeuert, plant den Populisten den Weg. Sie hilft nur der SVP, die ihre Kulturkampf-Fallen gefüllt und überall ausgelegt hat.

Damit das nicht passiert, müssen sich die vernünftigen bürgerlichen und progressiven Kräfte einigen, wer politische Gegnerin und wer Verbündeter ist.

Dabei hülfe, wenn die Freisinnigen nicht ständig «Umerziehung» und «Autoritarismus» schreien würden, sobald jemand über Verbote nachdenkt. Und die Grünen und die Sozialdemokraten im Gegenzug anerkennen würden, wie viele Unternehmen vorangehen; dass die Industrie als einziger Sektor ihre (viel zu tiefen) Klimaziele erfüllt hat und sie der Politik teilweise sogar voraus ist.

Multiple Krisen und ihre ständige Präsenz können Politikbesoffenheit bewirken. Verlieren sich Politikerinnen, aber auch Klimaaktivisten in hohler Polemik und kindischen Streitereien, verhalten sie sich wie Barkeeper, die angetrunkenen Gästen gratis Wodka ausschenken: Irgendwann haben diese genug, kippen um oder gehen nach Hause.

Was benötigt es also, um die nun beschlossenen Klimaziele zu erreichen?

Erstens: vernünftige Politikerinnen, die zusammenarbeiten.

Zweitens: Tempo, Tempo, Tempo. Und? Noch mehr Tempo.

Drittens: furchtlose Menschen.

In der Schweiz ist die Macht nach unten verteilt. Es gilt das Prinzip der Subsidiarität. Jetzt ist es an der Zeit, die Wucht dieses oft so genialen Systems in

Bewegung zu bringen. In den nächsten zehn, zwanzig, dreissig Jahren geht es um alles: Zukunft, Demokratie, Freiheit und Sicherheit.

Haben die Bürgerinnen einmal entschieden, dann haben sie entschieden. Dann machen sich die Gemeinden, Kantone, Quartiere, Hausbesitzerinnen und Firmen an die Arbeit. Dann ist in der Schweiz Erstaunliches in erstaunlich kurzer Zeit möglich.